



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 16. September 2019
Kantonsratspräsident Josef Wyss

A 648 Anfrage Frey Monique und Mit. über Waldmanagement für einen besseren Klimaschutz / Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdepartement

Monique Frey ist mit der Antwort des Regierungsrates teilweise zufrieden und verlangt Diskussion.

Monique Frey: Eine der Besonderheiten der Klimaerwärmung ist die Geschwindigkeit der Veränderung. Das hat es in diesem Ausmass noch nie gegeben und erfordert deshalb beim Waldmanagement andere Massnahmen als bis anhin. Ich bin überrascht über die nonchalanten Antworten des Regierungsrates. Es ist bekannt, dass der Wald umgebaut werden muss. Viel zu viele Arten sind nicht resistent gegen die Trockenheit und sterben bei einem Schädlingsbefall rasch ab. Laut Antwort der Regierung findet eine natürliche Verjüngung statt, und die Bäume passen sich an das Klima an. Die Klimaveränderung schreitet aber sehr schnell voran, und es reicht nicht, einfach auf die natürliche Verjüngung zu hoffen. Für einen dichten Wald, der CO₂ speichern soll, braucht es zusätzliche Massnahmen. Gegen Trockenheit resistente Bäume müssen zusätzlich geschützt werden, weil sie beim Wild sehr beliebt sind. Das ist aber mit Mehrarbeit verbunden. Erschrocken bin ich über die Antworten zur Schädlingsregulierung. Angestrebt werden ökologisch vertretbare, ökonomisch verhältnismässige und sozialverträgliche Lösungen. Davon war heute auch schon die Rede. Wir müssen aufpassen, dass der Wald weiterbestehen kann. Die Arbeiten nach dem Sturm Burglind sind sehr herausfordernd, die Beseitigung des Fallholzes gibt sehr viel zu tun, und dadurch nimmt der Schädlingsbefall überhand. Es braucht dringend mehr Mittel für den Wald, aber nicht nur in Zusammenhang mit dem Sturm Burglind, sondern auch, weil durch die Klimaerwärmung die Stürme zunehmen werden. Der Kanton muss – zusammen mit den privaten Waldbesitzern – die Arbeiten rund um den Wald, sei es im Flachland oder in den Bergen, in die Hände nehmen und finanzielle Mittel zur Verfügung stellen. Wenn wir nicht rasch mit dem Neuaufbau des Waldes beginnen, kommt es zu Langzeitschäden, die nicht einfach mit finanziellen Mitteln behoben werden können. Wir müssen jetzt in den Wald investieren, sowohl in finanzieller als auch personeller Hinsicht.

Sara Agner: Das Waldmanagement und neue Aufforstungen sind ein typisches Beispiel, wo an anderen Orten der Welt ein grösserer Bedarf, aber auch mehr Möglichkeiten bestehen. Es ist trotzdem sehr wichtig, dass wir auch im Kanton Luzern unseren Beitrag leisten und Verantwortung übernehmen. Durch den Klimawandel kommen Veränderungen auf unsere Wälder zu, gewisse davon sind bereits heute offensichtlich. Betroffen sind vor allem junge Bäume, die mit den veränderten Bedingungen speziell zu kämpfen haben. Eine Waldbewirtschaftung mit dem Fokus auf kurzfristige Profite trägt diesen Veränderungen nicht Rechnung. Es braucht durchmischte Wälder und keine Monokulturen mit ausschliesslich schnell wachsenden, dünnen Bäumen. Gerade weil es nicht einfach ist, im Kanton neue Waldflächen im grossen Mass zu finden, braucht es Massnahmen nicht nur direkt im Wald,

sondern auch ausserhalb.

Hasan Candan: Es handelt sich hier um eine sehr interessante Anfrage. Der Klimawandel hört nicht einfach an unserer Grenze auf. Wir alle stehen in der Verantwortung, klimagerecht zu handeln. Wenn aber einer unserer Bundesräte mit Brasiliens Präsident Bolsonaro ein Abkommen abschliesst und deshalb im Amazonas hektarenweise Wälder abgeholzt werden, ist alles nur noch heisse Luft. Es sind die alten Wälder, die CO₂ speichern. Solche Wälder gibt es nicht nur bei uns, sondern vor allem in den Tropen. Wir müssen unsere Verantwortung wahrnehmen und nicht nur über den Klimaschutz diskutieren, damit meine ich auch die Regierung. Der SP ist der Klimaschutz ein grosses Anliegen, wir werden auch in Zukunft entsprechende Vorstösse einreichen.

Ruedi Amrein: Die FDP-Fraktion ist mit der Antwort des Regierungsrates zufrieden. Einerseits hat Monique Frey recht, es braucht andere Pflanzen, wir können nicht einfach auf die natürliche Verjüngung setzen. Andererseits sind aber auch genügend Mittel auf kantonaler und Bundesebene vorhanden, um eine aktive Verjüngung der Wälder vorzunehmen. Wir müssen dieses Problem in den nächsten Jahren angehen.

Markus Odermatt: Die CVP-Fraktion ist mit der Antwort des Regierungsrates ebenfalls zufrieden. Schon nach dem Sturm Lothar hat man damit begonnen, Mischwälder aufzubauen, und es wurde nicht einfach nur Nadelholz, sondern auch Laubholz gepflanzt. Die positive Wirkung kann man heute sehen. Der Sturm Burglind und der Borkenkäfer haben zum aktuellen Desaster geführt. Das Problem ist, dass wir dieses Holz nicht mehr wegbringen. Es ist aber keine Lösung, einfach hektarenweise Wälder zu fällen oder sie der Naturverjüngung zu überlassen. Für uns ist es wichtig, dass die Wiederbewaldung unterstützt wird, so wie es die Regierung bereits tut.

Willi Knecht: Die SVP-Fraktion ist mit der Antwort der Regierung zufrieden. Das Waldmanagement wird von Jahr zu Jahr besser, die Regionalen Organisationen (RO) arbeiten gut, und es werden laufend angepasste Baumarten angepflanzt. Wir sind auf einem guten Weg.

Räto B. Camenisch: Es ist erwiesen, dass in den Jahren der Präsidentschaft von Lula da Silva viel mehr Wald gebrannt hat als jetzt. In der Schweiz ist das Problem nicht so gross, weil die Erwärmung nur zwei bis drei Grad beträgt und man sich in Ruhe anpassen kann. Warum gibt es aber in Spanien, Griechenland und Italien diese Einöden? Weil die Römer alles abgeholzt und die Wälder sich bis heute nicht davon erholt haben. Wir würden besser dafür sorgen, dass in diesen Ländern wieder Wald gepflanzt wird. Kürzlich hat das dänische Fernsehen eine Sammelaktion für das Pflanzen von Bäumen durchgeführt und an einem Abend 1 Million Franken zusammengebracht. So sieht aktiver Umweltschutz aus.

Hans Stutz: Auch unter der Regierung von Lula da Silva waren es vor allem die Grossgrundbesitzer, die dafür gesorgt haben, dass der Regenwald brennt. Die Schuld für die jetzige Situation in Südeuropa den Römern in die Schuhe zu schieben, ist ein bisschen zu langfristig gedacht. In der Zwischenzeit hätte man diese Wälder schon lange wieder aufforsten können.

Urs Brücker: Eine Klimaerwärmung von zwei bis drei Grad ist nicht so harmlos, wie es von Räto B. Camenisch dargestellt wurde. Die Erhöhung der Durchschnittstemperatur in der Schweiz über alle Höhenlagen und alle Jahreszeiten liegt im langjährigen Mittel sogar bei 5,6 Grad.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Der Klimawandel hat einen Einfluss auf den Wald, das müssen wir ernst nehmen. Die Transformation im Wald hat begonnen, sie braucht aber Zeit. Die Dienststelle Landwirtschaft und Wald (Lawa) hat in diesem Bereich Förderprogramme ins Leben gerufen, bei denen auch die neuen Forschungsergebnisse berücksichtigt wurden. So können wir diese Transformation begleiten und neue Erkenntnisse einfliessen lassen.

Es folgen die Fraktionsvoten zum Abschluss der anlässlich der Klima-Sondersession eingereichten Vorstösse.

Für die FDP-Fraktion spricht Irene Keller.

Irene Keller: Im Frühjahr wurde die ausserordentliche Klima-Session für den Juni

beschlossen, erst jetzt, im September, sind mit dem Vorstoss A 648 zum Waldmanagement alle zur Sondersession eingereichten Klima-Vorstösse behandelt. Es zeichnet sich eine umfangreiche Arbeit für die zuständigen Dienststellen und den Regierungsrat ab. Das Parlament, und so auch die FDP-Fraktion, erwarten den Planungsbericht zum Klimaschutz mit der Herausforderung „baldmöglichst“. Die FDP war sich im Vorfeld darin einig, wie sie sich in die Klima-Diskussion in der Sondersession einbringen will. Für die FDP ist es klar, dass es Entscheide und Massnahmen zum Klimaschutz braucht – das kann auch unangenehm sein und zu persönlichen und allgemeinen Veränderungen führen –, sie sind aber unabdingbar. Für uns ist es wichtig, dass wir zuallererst von der Angstmacherei wegkommen. Angst war schon immer ein schlechter Ratgeber. Die Klimapolitik ist positiv anzugehen, der Wille, es zu schaffen, muss Grundlage sein. Die FDP geht den für sie bewährten Weg, dass sie die Eigenverantwortung an die erste Stelle setzt. Diese hat noch immer funktioniert, wenn sich die Menschen – oder auch die Firmen und Organisationen – der Auswirkungen eines Problems wirklich bewusst werden. An zweiter Stelle stehen Lenkungsmassnahmen, und erst an letzter Stelle, wenn es nicht anders geht, können wir uns auch Verbote vorstellen. Bevor aber über Lenkungsmassnahmen oder sogar über Verbote verhandelt wird, erscheint es uns auch wichtig, genau hinzusehen und sich klar zu werden, was in den verschiedenen Branchen und Wirtschaftsfeldern bereits an Massnahmen, Forschungen und Weiterentwicklungen im Gange ist. Gerne flechten wir hier drei Beispiele zum Thema Energieeffizienz ein: Seit 2012 sparten beispielsweise die kleine Firma Lehner Versand mit ihren Massnahmen gut 330 000 Kilowattstunden ein, die Basler Agrokulturen als mittlerer Betrieb 1,3 Millionen Kilowattstunden und die grosse Perlen Papier AG gut 82 Millionen Kilowattstunden. Pauschale Vorurteile sind deshalb fehl am Platz; der Forschung, dem Fortschritt und der Weiterentwicklung in Klimafragen ist nach unserem Verständnis ein äusserst wichtiger Platz einzuräumen. Wenn es eng wird, war die Schweiz schon immer kreativ. Die FDP will eine liberale Klimapolitik, das heisst, wir wollen nicht Illusionen nachhängen, sondern machbare Lösungen schaffen und diese dann konsequent umsetzen. Liberal heisst auch Freiheit für den Menschen, und diese Freiheit, die wir alle schätzen, ist immer eng verbunden mit der Eigenverantwortung. Ohne diese ist heute keine Freiheit denkbar. Für uns ist klar, dass die Entscheide und Massnahmen der Klimapolitik von den Menschen akzeptiert sein müssen, sie müssen für die Wirtschaft tragbar sein und dürfen die Summe der Arbeitsplätze nicht negativ beeinflussen. In diesem Sinn hat die FDP selbst Vorstösse eingereicht, wir haben geholfen, Vorstösse erheblich zu erklären, Ideen teilweise erheblich zu erklären, aber auch klar illusorische Ansinnen abzulehnen. Wir sind uns bewusst, dass die Schweiz global gesehen ein kleiner Player ist – die Vorbild- und Leuchtturmfunktion hatte aber schon immer ihre Wirkung. Die FDP will eine pragmatische, unaufgeregte, aber konsequente und wirksame Klimapolitik. Wir sind überzeugt, dass die Klimakurve zu schaffen ist, wenn wir alle wollen. Die FDP will.

Für die CVP-Fraktion spricht Adrian Nussbaum.

Adrian Nussbaum: Wir haben fast zwei Tage über die Klimapolitik des Kantons Luzern diskutiert. Diese Übungsanlage mit einer Sondersession, die ausschliesslich auf dringlichen Vorstössen aus unseren Reihen aufbaut, war eher suboptimal, diesbezüglich müssen wir selbstkritisch sein. Entsprechend hat die Diskussion aus unserer Sicht zu viel Wahlkampf und Polemik enthalten, aber zu wenig Fakten, Lösungen und Sachpolitik. In der künftigen Klimapolitik will die CVP nicht die Debatte der Sondersession als Vorbild nehmen, sondern die sachliche Kompromissarbeit anlässlich der Beratung des Kantonalen Energiegesetzes. Klimapolitik ist wichtig, aber mit dringlichen Vorstössen von heute können wir nicht schon Resultate von morgen erwarten. Wir müssen aber heute die richtigen Weichen stellen, damit wir in der Klimapolitik die richtigen Entscheide für die Zukunft treffen können. Das haben wir in der aktuellen Sondersession getan. Die CVP hat ihre aktive Energiepolitik fortgesetzt. Zur Erinnerung: Die CVP war die einzige bürgerliche Partei, welche die Energiestrategie 2050 vorbehaltlos unterstützt hat und das Kantonale Energiegesetz bereits in der ersten Variante befürwortet hat. Die CVP hat die Klimapolitik im Parteiprogramm nicht erst seit Greta Thunberg und auch noch nach den Wahlen. Die CVP zieht aus der Sondersession eine

positive Bilanz. Der Kanton Luzern hat mit der Sondersession, insbesondere mit der Ausrufung des symbolischen Klimanotstands, aber auch mit den getroffenen Massnahmen gezeigt, dass ihm das Anliegen wichtig ist. Die Regierung wird einen Bericht ausarbeiten. Ich bin überzeugt, dass mit diesem Bericht eine gute und wichtige Basis geschaffen wird, um daraus lösungsorientierte und umsetzbare Massnahmen abzuleiten. Wir haben der Regierung mit der Erheblicherklärung verschiedener Vorstösse insbesondere den Auftrag erteilt, dass der Kanton Luzern in diversen Punkten eine Vorbildfunktion übernehmen soll, etwa beim Beschaffungswesen oder mit der Anvisierung eines CO₂-neutralen Gebäudeparks. Wir sind überzeugt, dass wir mit der Debatte die Weichen für eine aktive Luzerner Klimapolitik gestellt haben.

Für die SP-Fraktion spricht Marcel Budmiger.

Marcel Budmiger: Was bleibt nach dieser Klima-Sondersession? Das Thema Klima kann nicht mit einer Sondersession abgehandelt werden, sondern es wird uns auch in Zukunft beschäftigen. Unser Fazit: Wir haben den symbolischen Klimanotstand ausgerufen, wir haben der Regierung viele Prüfaufträge erteilt, und es wird ein Bericht verfasst. Uns reicht das aber nicht. Wir hätten uns konkrete Massnahmen gewünscht, aber es wird weiterhin an die Eigenverantwortung appelliert. Wir hätten diese Eigenverantwortung schon seit über 20 Jahren wahrnehmen können, auch die Politik. Aber es hat Greta Thunberg gebraucht, um die Leute wachzurütteln. Greta ist für viele, die ihren Ölheizungen oder den alten Verbrennungsmotorenautos nachtrauern, zum Feindbild geworden. Der Klimawandel ist keine Glaubensfrage, sondern Fakt. Alle Politikerinnen und Politiker, die ihre Verantwortung gegenüber der Bevölkerung ernst nehmen, stellen jetzt nicht einfach nur Weichen, sondern beschliessen konkrete Massnahmen. Wir hoffen, dass der Planungsbericht zum Klimawandel bald erscheint. Das Bewusstsein ist bei fast allen Parteien vorhanden. Uns wurde Angstmacherei vorgeworfen. Wir schüren keine Ängste, sondern wir vermitteln wissenschaftliche Fakten. Die jungen Menschen haben Angst, weil sie nicht wissen, wie die Welt in 50 Jahren aussieht. Deshalb gehen sie auch auf die Strasse. Wenn ältere Menschen Angst haben, wenn der Bahnhofplatz nicht genügend beleuchtet ist, nimmt man ihre Ängste auch ernst. Nehmen wir also auch die Ängste der jungen Generation ernst, sie wird diesen Planeten von uns übernehmen. Zeigen wir, dass wir nachhaltig wirtschaften können – die Klima-Sondersession ist ein erster Schritt in diese Richtung.

Für die SVP-Fraktion spricht Armin Hartmann.

Armin Hartmann: Die SVP-Fraktion hatte keine grossen Erwartungen an die Klima-Sondersession, und unsere tiefen Erwartungen sind knapp erreicht worden. Wir sehen keinen Mehrwert in dieser zweitägigen Diskussion. Wir haben viel über die teilweise Erheblicherklärung von Postulaten gesprochen nach dem Motto: „Wollen wir es jetzt ganz oder einfach nur höflich ablehnen?“ Es wurde versucht, die Diskussion mit Enthusiasmus zu führen, aber eine Gesamtschau wurde nicht gemacht. Niemand hat davon gesprochen, was wir schon erreicht haben. Man wollte grosse Schritte machen, aber wir sind bei den kleinen geblieben. Haben Sie wirklich das Gefühl, das erreicht zu haben, was das Volk von uns erwartet? Wir bewegen uns in einem Bereich, für den wir zum grössten Teil nicht zuständig sind. Wir haben die Zuständigkeit des Kantons ein Stück weit aus den Augen verloren und haben probiert, Weltpolitik zu betreiben. Wir erwarten von Ihnen und auch von uns, dass wir uns in Zukunft mit dem gleichen Enthusiasmus für alle Anliegen der Bevölkerung einsetzen. Klimaschutz ist ein wichtiges Thema, aber es gibt noch viele andere Themen, die der Bevölkerung wichtig sind. Wir setzen uns für eine Politik der Eigenverantwortung ein, in den letzten 20 Jahren konnten wir auf diese Art und Weise bereits viel erreichen. Wir bekämpfen, dass wir uns in Richtung eines Verbotsstaates entwickeln und die Errungenschaften des Wohlstands eingeschränkt werden sollen. Wir glauben, dass der Weg der Eigenverantwortung zum Ziel führen kann. Wir sind voll von guter Hoffnung und freuen uns auf weitere Diskussionen in den nächsten Sessionen.

Für die G/JG-Fraktion spricht Monique Frey.

Monique Frey: Die Klima-Sondersession und der heutige Tag waren gut gemeint, haben unserer Ansicht nach aber das Ziel verfehlt. Zumindest haben alle Parteien erkannt, dass der

Klimawandel existiert und wir Menschen etwas dazu beitragen. Immerhin müssen wir wenigstens in diesem Bereich keine Überzeugungsarbeit mehr leisten. Trotzdem sind griffige Massnahmen an den bürgerlichen Kräften gescheitert. Es wurden nur Vorstösse überwiesen, die Berichte fordern, aber wenig Prüfaufträge. Wir haben bereits nach dem Hitzesommer 2015 gefordert, dass der Kanton einen Bericht zum Thema Klimaanpassung verfassen soll. Leider ist diese Motion liegen geblieben, und es sind vier Jahre verstrichen, ohne dass etwas passiert ist. Die Anpassungsmassnahmen werden jedoch nicht billiger, im Gegenteil. Das finden wir besonders bitter. Bei der Klima-Sondersession hat es sich um Symbolpolitik gehandelt, aber auch das ist nicht zu unterschätzen. Der Handlungsspielraum des Kantons ist vielfältig, wird aber leider nicht genutzt. Nun müssen wir wieder zwei Jahre auf einen Bericht warten, und erst dann können Massnahmen definiert werden. Bis diese Massnahmen umgesetzt werden, dauert es mindestens nochmals sieben Jahre. Dabei ist uns allen bewusst, dass wir das Ziel von netto null CO₂-Emissionen bis 2050 erreichen müssen. Wir als Industrienation müssen zusammen mit anderen Nationen vorangehen, Massnahmen ergreifen und neue, innovative Systeme entwickeln. Ich hoffe, dass die Bürgerlichen von ihrer Parteipolitik wegkommen und nicht nur mit Worten um sich schlagen, sondern auch die nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen, wenn es um konkrete Massnahmen geht. Für die Grünen ist Klimaschutz kein Trend, sondern Tradition.

Für die GLP-Fraktion spricht Michèle Graber.

Michèle Graber: Wir haben insgesamt zwei Tage über das Klima diskutiert. Für uns ist diese Klimadebatte noch lange nicht zu Ende, denn sie hat eigentlich gar noch nicht richtig begonnen. Alle Parteien haben die Klimaproblematik anerkannt, das ist toll. Ein grosser Teil hat auch anerkannt, dass wir netto null CO₂-Emissionen bis 2050 erreichen sollten. Ich kann mich nicht der Meinung der CVP und der FDP anschliessen, die eine positive Bilanz der Klimadebatte gezogen haben. Ich habe die Debatte häufig als Wahlpropaganda empfunden. Nun können Sie aber beweisen, dass es Ihnen ernst ist mit der Klimaproblematik und Sie nach Lösungen suchen wollen. Lösungen sind notwendig. Für die GLP sind die Eigenverantwortung und die Vermeidung von CO₂ wichtig. Ich bin sehr froh, dass die Jungen diese Problematik angestossen haben und auch anfangen, ihr eigenes Handeln kritisch zu überdenken. Ich hoffe, dass die Jungen das weiterhin tun und wir Lösungen finden. Die Ergebnisse der Klima-Sondersession sind wirklich schlecht. Wir haben ein paar Postulate teilweise erheblich erklärt, was ja einer höflichen Ablehnung gleichkommt. Wir erwarten den Klimabericht möglichst bald, damit wir weitere Forderungen stellen können, um das Ziel von netto null CO₂ bis 2050 erreichen zu können. Unserer Meinung nach führen ein Anreizsystem und Kostenwahrheit zum Ziel, nur so kann der Wettbewerb spielen. Dafür werden wir uns weiterhin einsetzen.

Für den Regierungsrat spricht Bau-, Umwelt- und Wirtschaftsdirektor Fabian Peter.

Fabian Peter: Am ersten Tag der Klima-Sondersession habe ich noch von der Tribüne aus zugehört. Dabei habe ich festgestellt, dass die Diskussion sehr aufmerksam und ruhig verlief. Ich hatte das Gefühl, dass man einander zuhört und sich gegenseitig ernst nahm. Das habe ich während meiner Zeit als Kantonsrat nicht immer so erlebt. Ich habe aber diese Sachlichkeit und Aufmerksamkeit sehr geschätzt. Wir alle haben erkannt, dass die Situation ernst ist. Die ganze Bewegung der Klimaaktivisten hat sicher etwas ausgelöst, dass nämlich jeder selber genauer hinschaut, was er macht und wo er etwas bewirken kann. Die Menschen müssen sich zuerst eines Problems bewusst sein, bevor sie zu handeln beginnen. Die Regierung hat das Thema Klima im Legislaturprogramm prominent verankert. Die Ausschreibung für den Klimaexperten läuft, wir haben schon erste Bewerbungen erhalten. Es wurde bereits eine departementsübergreifende Gruppe installiert, die sich schon getroffen hat, um am Projektauftrag für den Bericht zu arbeiten. Wir nehmen das Thema sehr ernst, alle fünf Departement sind davon betroffen. Es beginnt bei der Abfallmenge, die wir in der Verwaltung produzieren, und endet bei anderen Themen wie etwa der Bildung. Wir wollen den Einbezug der verschiedenen Interessenvertreter mit Echoräumen oder anderen Möglichkeiten sicherstellen. Ich habe selber erste Gespräche mit Organisationen geführt, die interessiert daran sind, selber etwas in die Wege zu leiten. Wir werden die Kommission

Raumplanung, Umwelt und Energie (RUEK) als kantonsrätliche Kommission laufend und in geeigneter Form über den Stand des Berichtes informieren. Das Ziel, den CO₂-Ausstoss bis 2050 auf netto null zu reduzieren, ist sehr anspruchsvoll. Nur wenn wir alle zusammenarbeiten, bekommen wir das Thema in den Griff. Jeder Einzelne von uns muss seinen Teil dazu beitragen, auch im eigenen Umfeld und Bekanntenkreis. Nur so kann es uns gelingen, dass wir das Verständnis der Menschen für diese Problematik wecken und so miteinander die Verantwortung für unseren Planeten und unsere Kinder und Grosskinder wahrnehmen, damit auch sie in einer intakten Umwelt leben können. Ich freue mich, diese Chance mit Ihnen zusammen packen zu können.